

Der sogenannte Wutbürger, der spätestens seit den Protesten gegen das Großprojekt „Stuttgart 21“ die Phänomenologie staatsbürgerlicher Befindlichkeiten bereichert, stellt sich bei näherer Betrachtung als durchaus differenziertes Wesen dar. Eine vom dimap-Institut im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführte repräsentative Umfrage kommt zu dem Ergebnis, dass trotz der allenthalben attestierten Protestwut keine Abnutzungserscheinungen des bürgerlichen Selbstverständnisses zu erkennen sind. 80 Prozent der Bevölkerung empfinden sich als bürgerlich, 74 Prozent fühlen sich nach wie vor wohl im demokratischen System. Die eigene Betroffenheit ist das entscheidende Kriterium, um aktiv zu werden. Mehr als die Hälfte der Befragten würde sich zum Beispiel gegen einen Flughafen- oder Kraftwerksbau in ihrer Umgebung engagieren. Gleichwohl ist die Mehrheit durchaus bereit, persönliche Interessen erst einmal hintanzustellen, wenn Großprojekte dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Das zu beurteilen ist für zwei Drittel aber kaum möglich. Es gibt auch ein großes Bewusstsein für die Schwierigkeiten der Politik. Zwar ist eine gewisse Lust zum „Denkzettel“ durchaus vorhanden, aber nicht durchweg mehrheitsfähig. Die Umfrage mit den detaillierten Ergebnissen ist abrufbar unter www.kas.de > Publikationen oder über die Suchfunktion mit der Eingabe von „**Das Bürgerliche und der Protest**“.



Der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung und Präsident des Europäischen

Parlaments a.D., **Hans-Gert Pöttering**, hat bei Reisen in die von politischen Umwälzungen betroffenen Nahost-Länder Tunesien und Ägypten die Voraussetzungen für sinnvolle Hilfe durch die politischen Stiftungen sondiert. Durch die Einrichtung eines regionalen Fonds für die politischen Stiftungen durch die Bundesregierung stehen zusätzliche Mittel zur Verfügung, um konkrete Maßnahmen zum Aufbau demokratischer Strukturen zu fördern. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist seit dreißig Jahren im Nahen Osten präsent und hat einen reichen Erfahrungsschatz angesammelt, aus dem sie nun verstärkt schöpfen kann. Insbesondere die Förderung rechtsstaatlicher Prozesse und Strukturen, Hilfe zur Entwicklung einer pluralistischen Zivilgesellschaft und die Stärkung der Presse- und Medienfreiheit stehen jetzt im Vordergrund. Die bisherigen Projekte und Programme werden an die neuen Bedingungen angepasst und verstärkt. Die KAS unterhält derzeit Büros in Rabat, Tunis, Kairo, Jerusalem, Ramallah und Abu Dhabi.



Nach dem Wechsel von **Lars Hänsel** in das KAS-Büro Washington (siehe auch Aktuelles intern im März) wird im Frühsommer **Michael Mertes** dessen Aufgaben in Jerusalem übernehmen. Ebenfalls im Sommer wird **Holger Haibach** seinen ersten Auslandseinsatz für die Konrad-Adenauer-Stiftung in Namibia beginnen und dort **Anton Bösl** ablösen, der in die Zentrale zurückkehrt.